



# Interviews

**Datum: 15. Juni 2023**

**Nils Schmid im Gespräch mit Christoph Heinemann**

**Christoph Heinemann:** Am Telefon ist Nils Schmid, außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Wahlkreis Nürtingen in Baden-Württemberg. – Guten Morgen!

**Nils Schmid:** Guten Morgen, Herr Heinemann.

**Heinemann:** Herr Schmid, Sie haben Friedrich Merz gehört: außenpolitisch unabgestimmt. Wie europäisch ist die deutsche nationale Sicherheitsstrategie?

**Schmid:** Die nationale Sicherheitsstrategie bettet das außenpolitische Handeln Deutschlands klar in die EU ein. Wir haben in dieser Strategie festgelegt, dass die wichtigste außenpolitische Handlungsebene die EU ist. Olaf Scholz pflegt zu sagen, das nationale Interesse Deutschlands heißt Europa, denn viele internationale Aktivitäten können wir nur als EU gemeinsam betreiben. Und Sie werden an vielen Stellen in der nationalen Sicherheitsstrategie sehen, dass die Umsetzung gemeinsam mit den EU-Partnern erfolgen soll, denn nur dann sind wir auf der internationalen Bühne tatsächlich wirksam.

**Heinemann:** Die Umsetzung, sagen Sie. – Die Union und übrigens gestern Früh um diese Uhrzeit bei uns im Deutschlandfunk auch der Spitzen дипломат Wolfgang Ischinger kritisieren, dass kein europäischer Partner an der Erarbeitung der Sicherheitsstrategie beteiligt wurde. Warum nicht?

**Schmid:** Das stimmt so nicht. Es gab einen breiten Beteiligungsprozess in Deutschland mit Think Tankern. Aber das Außenministerium, das ja federführend war, hat sich auch bewusst mit europäischen und internationalen Partnern ausgetauscht, weil beispielsweise Großbritannien oder auch die USA und Japan ja schon solche nationalen Sicherheitsstrategien haben. Die Erstellung wurde genau auch gespeist aus den Erfahrungen unserer Partnerregierungen. Deshalb ist dieser Vorwurf falsch.

**Heinemann:** Es waren Spitzendiplomaten oder Spitzenpolitiker aus anderen Ländern beteiligt?

**Schmid:** Politiker vielleicht nicht unbedingt, aber diejenigen, die in anderen Ländern solche Strategien erarbeiten, die wurden von den Experten des Auswärtigen Amtes einbezogen, weil es ja gerade darauf ankam, deren Erfahrungsschatz, wie man so was aufzieht, wie man alle Ressorts beteiligt, einzupflegen, und genau das ist geschehen.

**Heinemann:** Herr Schmid, wieso konnte sich die Bundesregierung nicht zur Einrichtung eines nationalen Sicherheitsrates zur Koordinierung im Fall von Krisen entschließen?

**Schmid:** Das ist an den Eigenheiten des deutschen Regierungssystems gescheitert. Wir haben ein starkes Ressortprinzip und es war nicht möglich, dieses in dem Fall zu überwinden.

**Heinemann:** Bedauern Sie das?

**Schmid:** Es wäre sicher eine Hilfe gewesen, einen solchen Rat einzurichten, aber er ist zweitrangig, denn wir sind nicht so strukturgläubig bei der SPD in dieser Frage, denn letzten Endes kommt es auf den politischen Wil-

len an, ressortübergreifend zu koordinieren und strategisch vorausschauend zu handeln. Das hängt nicht von der Einrichtung eines bestimmten Gremiums ab. Das hängt auch nicht davon ab, dass sich viele Beamte, Wissenschaftler oder beamtete Staatssekretäre treffen, sondern der politische Wille muss von oben, von Kanzler und Ministern kommen. Das Dokument der nationalen Sicherheitsstrategie beweist diesen politischen Willen. Auch ohne einen Sicherheitsrat können wir auf dieser Basis besser koordiniert Außenpolitik betreiben.

**Heinemann:** Den Sie sich aber doch gewünscht hätten, wenn ich Sie richtig verstanden habe?

**Schmid:** Ich glaube, es wäre ein Weg möglich gewesen unter Wahrung des deutschen Verfassungsrechts und der deutschen Regierungstradition, einen nationalen Sicherheitsrat im Kanzleramt anzusiedeln mit einem sehr leichten institutionellen Fußabdruck, nicht vergleichbar mit der riesen Behörde, die in Washington im Rahmen eines präsidentialen Regierungssystems entstanden ist. Aber es hat nicht sein sollen und es ist kein Drama, denn entscheidend ist wie gesagt der politische Wille. Ein Gremium alleine richtet es noch nicht.

**Heinemann:** Herr Schmid, sollte der Westen Sicherheitsgarantien für die Ukraine abgeben?

**Schmid:** Er sollte das tun im Zulauf auf eine spätere NATO-Mitgliedschaft, um zu signalisieren, dass wir hinter der Ukraine stehen. Da gibt es verschiedene Modelle, dass jedes Land bilateral mit der Ukraine eine entsprechende Garantie abgibt, oder dass man einen gemeinsamen Rahmen, eine Art Dachklärung macht, dem sich die jeweiligen Länder anschließen können. Für das jetzt anstehende Geschehen, Kriegsgeschehen, Stichwort Gegenoffensive, Rückeroberung von Gebieten, ist aber die militärische Unter-

stützung entscheidend, denn jetzt kommt es darauf an, dass die ukrainischen Streitkräfte gut ausgerüstet sind, um die russische Aggression abwehren zu können.

**Heinemann:** Hätte man das genauso, wie Sie das jetzt formuliert haben, auch in die nationale Sicherheitsstrategie schreiben sollen?

**Schmid:** Nein, denn die nationale Sicherheitsstrategie ist ein untauglicher Ort, um aktuelle sicherheitspolitische Fragen zu behandeln. Sie soll ja eine gewisse längerfristige Gültigkeit haben. Sie soll die großen Linien, die Leitplanken aufzeigen. Es steht ein klares Bekenntnis zur NATO drin, auch zur Verteidigungsfähigkeit Deutschlands, zur Realisierung des Zwei-Prozent-Zieles. Das sind Aussagen, die in eine nationale Sicherheitsstrategie gehören. Wie wir mit den Sicherheitsgarantien für die Ukraine umgehen, wird auf dem NATO-Gipfel in Vilnius besprochen und beschlossen, aber dafür gibt es dann andere Orte, wo sich die Bundesregierung zu diesem konkreten Punkt festlegen wird. Ich gehe davon aus, es wird da auch im Bundestag eine Debatte dazu geben.

**Heinemann:** Herr Schmid, Entschuldigung! Aber so klar ist das mit dem Zwei-Prozent-Ziel nicht. Da steht, dieses Ziel soll im mehrjährigen Durchschnitt erreicht werden. – Mal konkret gefragt: Wie viele Jahre lang darf es denn darunter liegen?

**Schmid:** Ja, mehrere. Ich könnte drei bis fünf Jahre sagen. Da kann auch mal ein Ausreißer dabei sein, weil zum Beispiel Mittel nicht abfließen. Wir haben ja gesehen, dass schon in der vergangenen Legislaturperiode damals Finanzminister Scholz die Mittel für die Bundeswehr deutlich erhöht hat und dass zum Teil die Mittel nicht abgeflossen sind. Aber das Bekenntnis ist klar, übrigens noch klarer als im Koalitionsvertrag, und an diesem Punkt sieht man, die nationale Sicherheitsstrategie baut die Zeitenwende in das außenpolitische Konzept Deutschlands ein und wir werden diese zwei Prozent konsequent umsetzen.

**Heinemann:** Geht das Getrickse jetzt wieder los mit den zwei Prozent, irgendwas um zwei Prozent?

**Schmid:** Nein, sondern es ist wirklich eine Frage, wann welche Mittel abfließen können. Wir haben mit dem Sondervermögen die Grundlage geschaffen, dass für diese Legislaturperiode wir gut die zwei Prozent erreichen können, und alles andere müssen dann die nächsten Haushalte entscheiden. Das ist nicht unüblich und die anderen Partner in der NATO sind ja auch Demokratien und es gilt das Ehrlichkeitsprinzip beim Haushalt. Aber das Commitment, das politische Bekenntnis ist mit dieser Bundesregierung deutlich stärker und da stehen wir dann auch in der Pflicht, das Jahr für Jahr im Haushalt entsprechend umzusetzen.

**Heinemann:** Steht die SPD uneingeschränkt zur nuklearen Teilhabe, zur Einbeziehung in Zielplanung und Einsatz nuklearer Waffen?

**Schmid:** Ja! Das ist im Koalitionsvertrag bekräftigt worden, auch in der nationalen Sicherheitsstrategie Teil unserer Bündnisverpflichtung, und es wird unterlegt durch konkretes Handeln, die Anschaffung von modernen F35-Kampfflugzeugen aus den USA, die genau diese Teilhabe praktisch umsetzen sollen.

**Heinemann:** Wer erklärt das Rolf Mützenich? Der hatte ja zwei Jahre vor Putins Angriffskrieg noch gefordert, dass in Deutschland keine Atomwaffen mehr gelagert werden sollten, geschweige denn nukleare Teilhabe.

**Schmid:** Ja, es gab in der Tat und gibt in der Tat in der SPD einen starken Wunsch, zur nuklearen Abrüstung beizutragen. Aber für uns war immer klar, dass die Abrüstung und auch der Verzicht auf Atomwaffenstationierung in Deutschland eingebettet sein muss in ein nukleares Abrüstungs-

konzept. Einseitig in Deutschland oder als NATO auf Atombomben zu verzichten, während Russland und China noch welche haben, das hat niemand gefordert. Aber auch in der nationalen Sicherheitsstrategie betont die Bundesregierung die Notwendigkeit weiterer Schritte hin zu nuklearer Abrüstung.

**Heinemann:** Für wie verlässlich halten Sie Ihre Partei in dieser Frage?

**Schmid:** Für total verlässlich. Wir haben schon mehrfach in Deutschland mitregiert oder den Kanzler gestellt und immer die nukleare Teilhabe und die NATO-Mitgliedschaft unterstützt. Übrigens die erste Anschaffung von atombombenfähigen Kampfflugzeugen geschah in der Regierungszeit von Willy Brandt und wurde dann von Helmut Schmidt in die Tat umgesetzt.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*